

# Ökologie: „Grüne“ Politik setzt der Natur immer dramatischer zu\*

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 21. März 2023

**Tag des Artenschutzes: Vor 50 Jahren wurde das Washingtoner Abkommen unterzeichnet. Doch mit einer „Notverordnung“ hat die Ampelregierung den Schutz nun praktisch außer Kraft gesetzt**

*Dagmar Jestrzowski* (Red. PAZ)\*

Der Welttag des Artenschutzes am 3. März soll an das Washingtoner Artenschutzübereinkommen (auch CITES genannt) erinnern, das am 3. März 1973 unterzeichnet wurde. Jedoch war das Datum in diesem Jahr Anlass, bittere Bilanz aufgrund einer Politik zu ziehen, die den Artenschutz nicht mehr als tragende Säule für den Erhalt der Ökosysteme wahrnimmt und damit unsere existentiellen Lebensgrundlagen gefährdet.

Hinsichtlich der Klimapolitik ist unsere Demokratie de facto den autoritären und diktatorischen Herrschaftssystemen sehr nahe gekommen. Im Februar trat eine „Notverordnung“ des Wirtschafts- und Energieministers Habeck zur Durchsetzung eines schnelleren Ausbaus der Windenergie in Kraft. Für 18 Monate sollen auf dieser Basis die Genehmigungsverfahren für den Bau neuer Windkraftanlagen an Land und auf See beschleunigt werden. Umweltverträglichkeits- und artenschutzrechtliche Prüfungen müssen nicht mehr vorliegen. Erforderlich ist lediglich eine „strategische“ Umweltprüfung für Windeignungsgebiete. Mindestabstände zwischen Wohnbauten und Windrädern gelten nicht mehr, und auch die Beteiligung der Öffentlichkeit an den Genehmigungsverfahren ist ausgehebelt. Unter Berufung auf die willkürlich festgesetzten politischen Klimaziele segnete das Kabinett die vom BUND befürchtete „Hauruck-Novelle“ Habecks ab. Zuvor hatten BUND und Nabu die mehrfach verschärften energiepolitischen Ziele der Bundesregierung mitgetragen. Nun fühlen sie sich hintergangen.

## **„Offensichtlich rechtswidrig“**

Umgehend legte Brandenburgs Landtag neue Flächenziele für die Windkraft fest. Im Land sind bis Ende 2027 1,8 Prozent und bis Ende 2032 2,2 Prozent der Fläche für den Bau neuer Windparks auszuweisen. Landschaftsschutzgebiete können mit einbezogen werden, Umweltprüfungen sind nicht mehr erforderlich. Für Vorranggebiete gilt der im Mai 2022 beschlossene Mindestabstand von 1000 Metern zwischen Windrädern und Wohnbebauungen nicht mehr. Nahezu dieselben Vorgaben beschloss auch der Landtag in Nordrhein-Westfalen.

Der Verein Naturschutz Initiative (NI) und der Verein für Landschaftspflege, Artenschutz und Biodiversität (VLAB) kritisieren die Pläne des Ministers scharf. Noch nie seit der Flurbereinigung in den 1960er und 70er Jahren sei der Naturschutz so missachtet und demontiert worden wie unter dieser Ampelregierung, erklärten die Bundesvorsitzenden Harry Neumann und Johannes Bradtka. Mit der Aussetzung des gesetzlich gebotenen Artenschutzes durch Politik, Behörden und willfährige Gutachter zugunsten eines forcierten Ausbaus von Windkraft und Photovoltaik würden die Ergebnisse der Weltnaturkonferenz in Montreal vom Dezember 2022 zum Schutz der Biodiversität konterkariert. Das Vorgehen des Wirtschaftsministers sei ein massiver und offensichtlich rechtswidriger Angriff auf den Natur- und Artenschutz sowie auf die Beteiligung von Bürgern und Umweltverbänden. Die Bundesregierung verstoße gegen den Artikel 20 a des Grundgesetzes, durch den unsere Lebensgrundlagen auch in Verantwortung für die künftigen Generationen zu schützen sind. Die NI lässt die „Notverordnung“ rechtlich überprüfen.

Die ironischerweise als grün bezeichnete, raumgreifende und rohstoffverschlingende Wind- und Solarindustrie sorgt weltweit zunehmend für **Kollateral-Schäden an den Ökosystemen**. Insbesondere tragen Windparks in erheblichem Umfang zum Insektensterben bei und stellen mit hoher Wahrscheinlichkeit eine der Hauptursachen für die **erschreckende Abnahme insbesondere der Feld- und Wiesenvögel dar**. Berechnungen einer Studie des Deutschen Luft- und Raumfahrtzentrums zufolge werden jährlich etwa 1200 Tonnen **Insekten** durch Kollisionen mit Windradrotoren (Durchmesser bis 180 Meter) **vernichtet**.

Darauf bezogen sich Bundestagsabgeordnete der AfD im September 2019 bei ihrer Forderung an die Bundesregierung, das Ausmaß des Insektensterbens an Windkraftanlagen auch in Verantwortung für künftige Generationen umfassend untersuchen zu lassen. Eine Reaktion der Regierung blieb aus. Nicht verwunderlich, dass auch die Ampelregierung und die Ämter um jeden Preis vermeiden wollen, den Insektenschwund mit der Windkraft in Verbindung zu bringen.

Kürzlich protestierte die schwedische **Aktivistin Greta Thunberg** in Oslo zusammen mit Aktivisten der Sami gegen den Bau von 151 Windrädern im Norden Norwegens, wo Angehörige der samischen Urbevölkerung Skandinaviens noch die traditionelle Rentierzucht betreiben. Ein Teil der Windräder gehört der Stadt München. *„Eine Klimawende, die die Menschenrechte verletzt, ist keine Klimawende, die ihres Namens würdig ist“*, erklärte Thunberg den erstaunten Reportern. Noch ist keine endgültige Entscheidung gefallen. Gänzlich ungestört betreibt hingegen die schwedische Regierung seit Jahren den Windparkausbau in der seit Menschengedenken unberührten Wildnis Lapplands. Nahe der Stadt Piteå entsteht Europas größter Windpark Markbygden.

### **Insektentod durch Rotoren**

Gemeinsam mit dem deutschen Hersteller Enercon errichtet das deutsch-

schwedische Unternehmen Svevind in einem der letzten ausgedehnten Weidegebiete der frei lebenden Rentiere insgesamt 1101 Räder. Die neuesten Giganten in der europäischen Taiga sind mit 300 Metern fast so hoch wie der Eiffelturm. Darüber berichtete kürzlich die Phoenix-Dokumentation „**Der Stress der Rentiere**“. Ein Mitarbeiter des Windparks behauptete, die Rentiere würden nur während der Bauphase der Windräder unter Stress stehen. Lachend erklärte er, dass er neulich 15 schlafende Rentiere unter einem Windrad gesehen habe. Grund dafür sei der enorme Auftrieb der Luft durch die Rotoren der Windräder. Dadurch würden die Insekten hochgewirbelt und die Rentiere wären von der Mückenplage befreit.

Diese Beobachtung erhellt die unglaubliche Verantwortungslosigkeit aller Beteiligten, permanent bedenkenlos derart gewaltige Luftumwälzungen zu erzeugen, deren Auswirkungen auf das lokale bis regionale Wettergeschehen unausbleiblich sind. Weiterhin erklärt diese Beobachtung den Mechanismus der Insektenvernichtung, wobei die Verwirbelung der Insekten durch die Windradrotoren erstaunlicherweise schon am Boden ansetzt.

=====

)\* Anmerkung der EIKE-Redaktion :

Dieser Aufsatz ist zuerst erschienen in der **Preußischen Allgemeinen Zeitung**; 17. März 2023, S.12; EIKE dankt der PAZ-Redaktion sowie der Autorin **Dagmar Jestrzanski** für die Gestattung der ungekürzten Übernahme, wie schon bei früheren Artikeln : <https://www.preussische-allgemeine.de/> ; *Hervorhebungen im Text*: EIKE-Redaktion.

=====

---

## **Klimastreit : Faktenreiche Verdrehungen der Tatsachen\***

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 21. März 2023

**Die Faktenprüfer des öffentlich-rechtlichen TV- und Hörfunksenders ARD, welche als „Faktenfinder“ auftreten, haben unlängst eine graphische Darstellung des dänischen Statistik-Professors Bjørn Lomborg kritisiert. Diese**

zeigt die drastische Abnahme der Zahl der Todesopfer infolge von Extremwetterlagen um 98 Prozent, obwohl sich die Weltbevölkerung im untersuchten Zeitraum zwischen 1920 und 2020 vervierfachte.

**von Wolfgang Kaufmann (Red. PAZ)\***

Das rief die **ARD-Mitarbeiter** Carla Reveland und Pascal Siggelkow auf den Plan, welche am 20. Januar verkündeten :

*„Im Netz kursiert eine Grafik, die einen Rückgang der klimabedingten Todesfälle in den vergangenen hundert Jahren zeigt, um die Folgen des Klimawandels zu verharmlosen. Dabei ist die Grafik aus vielerlei Hinsicht irreführend.“*

So seien *„die Daten vor allem mit Blick auf die ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts“* lückenhaft. Und darüber hinaus gebe es auch keine Angaben über *„hitzebedingte Todesfälle“*.

**Allerdings unterstützen diese Umstände Lomborgs Argumentation eher noch.**

Wenn anfangs tatsächlich eine Untererfassung der Toten stattfand, dann wäre der Rückgang bei den Klimaopfern ja sogar noch größer. Gleichfalls ist es unsinnig, die Nichtberücksichtigung von Hitzetoten zu rügen, ohne parallel auch das Fehlen von Daten über an Kälte Gestorbene zu bemängeln. Denn die Zahl der Letzteren dürfte im Untersuchungszeitraum ebenfalls recht hoch gewesen sein.

Einen **weiteren logischen Fehler** begingen Reveland und Siggelkow, als sie anführten, dass die finanziellen Schäden aufgrund von Klimaereignissen in den letzten Jahrzehnten deutlich zugenommen hätten, was definitiv von mehr Extremwetterlagen zeuge.

Tatsächlich sind die höheren Schadens-Summen nach übereinstimmenden Angaben der Versicherungsunternehmen einzig und allein die Folge der gestiegenen Wirtschaftsleistung und eines rechnerischen Wertzuwachses von Immobilien und Sachgütern nicht zuletzt durch die Inflation.

=====

)\* Anmerkung der EIKE-Redaktion :

Dieser Aufsatz ist zuerst erschienen in der **Preußischen Allgemeinen Zeitung**; 03. März 2023, S.2; EIKE dankt der PAZ-Redaktion sowie dem Autor **Wolfgang Kaufmann** für die Gestattung der ungekürzten Übernahme, wie schon bei früheren Artikeln : <https://www.preussische-allgemeine.de/> ; Hervorhebungen im Text: EIKE-Redaktion.

=====

---

# Die große Energiekrise kommt erst noch\*

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 21. März 2023

*Prof. Dr. Fritz Vahrenholt\**

Dass Deutschland diesen Winter glimpflich übersteht, ändert nichts daran, dass die Energiewende scheitern wird.

Doch steht zu befürchten, dass die Politik erst dann umlenkt, wenn die eigene Wirtschaft irreversibel geschädigt ist.

=====

Die Strom- und Gaspreise sind im Februar deutlich gesunken. Allerdings liegen sie noch doppelt so hoch wie 2021 und viermal so hoch wie im internationalen Wettbewerb. Ursachen für den leichten Rückgang sind der milde Winter, die bis April weiterlaufenden Kernkraftwerke sowie die wieder hinzugeschalteten Kohlekraftwerke. Aber **nach wie vor haben wir die höchsten Strompreise der Welt nach Burkina Faso.**

**Die große Energiekrise steht uns aber erst noch bevor.** Wenn die Kernkraftwerke im April vom Netz gehen und im nächsten Frühjahr die Ersatzkraftwerke auf Kohlebasis vom Netz gehen werden, wird es ein böses Erwachen geben. Der vom Bundeskanzler angekündigte Bau von täglich fünf Windkraftwerken wird das Problem nicht lösen.

**Die Alternativen liegen vor unserer Haustür :**

Denn Windkraftwerke liefern nur ein Viertel des Jahres ihre volle Leistung. An 140 Tagen liefern sie nahezu keinen Strom. Die Bundesregierung glaubt, mit 40 neuen Gaskraftwerken diese Lücke ausgleichen zu können. Diese Kraftwerke sollen bis 2030 auf Wasserstoff umgebaut werden.

Ausreichenden Wasserstoff wird es aber nicht geben. Es fehlen Elektrolyseure für Wasserstoff, Leitungen für Wasserstoff, Speicher für Wasserstoff und selbst Wasserstoffkraftwerke müssen noch entwickelt

werden. Am Ende ist Wasserstoffstrom viermal so teuer wie Erdgasstrom.

Was Kanzler Scholz nicht sagt: **Wir steuern in eine langanhaltende Stromkrise.** Sie wird Deutschland viele, viele Arbeitsplätze kosten. Aber auch klimapolitisch ist der Zubau von 40 neuen Gaskraftwerken kurzsichtig. Schon im letzten Jahr kaufte Deutschland auf den Gasweltmärkten massiv ein und trieb die Preise hoch. Das führte zum Ergebnis, dass sich Staaten wie Pakistan oder Bangladesh Gasimporte nicht mehr leisten können. Pakistan hat daher beschlossen, keine Gaskraftwerke mehr zu bauen, sondern die Kohlekraftwerkskapazitäten zu vervierfachen. Wir legen Kohlekraftwerke still, treiben unseren eigenen Strompreis hoch und Pakistan baut Kohlekraftwerke hinzu. Das ist das Ergebnis einfältiger Energiepolitik.

Stattdessen wäre es nötig, sich auf unsere eigenen Kräfte zu besinnen und die Erdgasvorräte in Norddeutschland zu fördern. Statt Frackinggas aus den USA zu importieren, könnten wir Erdgas aus dem Tiefengestein viel umweltfreundlicher fördern als es die USA tun.

Die CO<sub>2</sub>-Bilanz wäre um 25 Prozent niedriger und auch die Kosten wären deutlich geringer. Selbstverständlich müssen wir auch unsere eigenen Braunkohlevorräte nutzen und das bei der Verbrennung entstehende CO<sub>2</sub> aus den Kraftwerken abscheiden und in tiefes Basaltgestein verpressen. Wir wissen, dass sich das CO<sub>2</sub> innerhalb von zwei Jahren mit dem Basalt zu einem dolomitähnlichen Gestein verbindet. **Und selbstverständlich müssen wir unsere Kernkraftwerke weiter laufen lassen, wenn wir eine bedrohliche Stromkrise vermeiden wollen.**

### **Aus der Eindimensionalität des Klimaschutzes befreien**

Natürlich müssen wir die CO<sub>2</sub>-Emissionen senken. Aber wir sollten dabei auch alle verfügbaren und verantwortbaren Energiequellen nutzen, um Wohlstand zu sichern und eine breit angelegte Entwicklung möglich zu machen, von den Erneuerbaren Energien über die Kernkraft bis hin zum blauen Wasserstoff aus Kohle, Öl und Gas. Wir müssen das Angebot an Energie erweitern und nicht verknappen, wenn wir unsere industriellen Arbeitsplätze und bezahlbare Energiekosten behalten wollen. Wir müssen den ideologischen Feldzug gegen Kernenergie und fossile Energien einstellen und diese Quellen verantwortbar nutzen. Und wir sollten offen sein für neue Technologien wie etwa die Fusionstechnologie. Und wir müssen Energiepolitik aus der Eindimensionalität des Klimaschutzes befreien sowie der Versorgungssicherheit und der Bezahlbarkeit wieder den notwendigen Stellenwert geben.

Da sind, nicht zuletzt seit dem Ukrainekrieg, erhebliche Zweifel entstanden, ob Deutschland den richtigen Weg eingeschlagen hat, sich hierzulande allein auf Wind- und Sonnenenergie zu verlassen. Denn die Verstromung von preiswertem Erdgas aus Russland in Gaskraftwerken war die Lösung, um die unstete Stromversorgung durch Wind und Sonne auszugleichen. Dieser Weg ist vorerst versperrt, denn Russland lenkt

seinen Export aus den Jamal-Feldern um nach China. Die Pipeline „Power of Siberia 2“ nach China wird gebaut und wird etwa soviel Gas nach China liefern wie Nord Stream 1 geliefert hat.

Die alternative Belieferung mit Fracking-Gas aus den USA ist langfristig nicht belastbar, da der US-amerikanische Präsident Joe Biden die Erschließung neuer Fracking-Felder auf öffentlichem Grund untersagt hat und daher im Verlauf der nächsten Jahre die Förderung aus bestehenden Feldern zurückgehen wird. Was mit den Exporten nach Europa aus den USA passieren wird, wenn Erdgas in den USA knapp und (wegen des Exports) teurer wird, kann man leicht vorhersehen. Als Mitte letzten Jahres die Ölpreise in die Höhe schnellten, erwägte der Präsident ein Ausfuhrverbot für Öl. Bei Gas kann uns das schnell wieder passieren.

**Die großen Tabus – die eigene Erdgasförderung, die CO<sub>2</sub>-Abscheidung bei Nutzung heimischer Braunkohle und die Weiterentwicklung der Kernenergie – stehen auf dem Prüfstand.** Und je länger an diesen Tabus festgehalten wird, desto offensichtlicher wird, dass der bisherige Weg der Energiewende gescheitert ist.

### **Symptome des Scheiterns**

In ihrem in der letzten Woche verabschiedeten Bericht zur „Versorgungssicherheit Strom“ kommt die Bundesnetzagentur schon jetzt nicht umhin, darauf hinzuweisen, dass die Stromversorgung in den nächsten Jahren nur gesichert ist, wenn steigende Importe aus Frankreich, Tschechien und Polen stattfinden und wenn *„Lastmanagementpotentiale zur Lastreduktion in Knappheitssituationen“* erfolgen. Die **vernebelnde Sprache** bedeutet auf Deutsch, dass die Versorgungssicherheit nur gewährleistet werden kann, wenn industrielle und private Verbraucher jederzeit abgeschaltet werden können. Das ist eine beeindruckende neue Definition von Versorgungssicherheit.

Das liegt auf der Linie der von der Bundesnetzagentur vorgeschlagenen Drosselung von E-Auto-Ladestationen und Wärmepumpenanschlüssen. Wie berichtet wurde, sollte in Mangelsituationen lediglich eine Reichweite von 50 Kilometern durch die Ladestation ermöglicht werden. [Die Energiewende zeigt die Symptome des Scheiterns bereits bei 900.000 E-Autos und einer Million Wärmepumpen, also bei zwei Prozent Zielerfüllung.](#)

Wenn wir nicht auf einen Industriestrompreis von 4 Cent je Kilowattstunde kommen, wie ihn Kanzler Scholz im Wahlkampf versprochen hat, wird die stromintensive Industrie in Deutschland keine Zukunft haben.

### **Die Einsicht wird viel zu spät kommen**

Mit diesen düsteren Aussichten befasste ich mich ausführlich in meinem neuen Buch „Die große Energiekrise“, das gerade erschienen ist. Darin heißt es:

*„Ich bin fest davon überzeugt, dass wir auch noch im Jahre 2045 den größten Teil unserer Energieversorgung durch Erdgas und Erdölprodukte abdecken werden. Das gilt allemal, wenn im Stromsektor, der für die Arbeitsplätze und Wertschöpfung entscheidend ist, weiter die Weichen falsch gestellt werden. Ein Land, das ökonomisch hart zurückfällt, wird sich viele Blütenträume, wie etwa von teurer Wasserstoffwirtschaft, nicht mehr leisten können.“*

*Ein Land auf dem Niveau eines Schwellenlandes – und auf das steuern wir zu – wird keinen Beitrag zur Weiterentwicklung der Energietechnologie erbringen können. Am Ende wird es sich auch Energieimporte immer weniger leisten können. Dann, viel zu spät, wird es notgedrungen die heimischen Quellen wie eigenes Schiefergas und heimische Braunkohle anzapfen müssen.“*

### **Lernen durch Scheitern**

Ich beschreibe in diesem Buch auch, wie sich durch die harte Krisenerfahrung das gesellschaftliche Bewusstsein wieder verändern wird:

*„Eine Gesellschaft, die nie Energieknappheiten kannte und die mit infantilen politischen Aussagen wie des Speicherns vom Strom im Netz oder der Speicherung von Strom durch Tiefkühlhähnchen oder der Kosten der Energiewende in Form von Eiskugeln für dumm verkauft wurde, muss erst die bittere Erfahrung machen, dass die Energiewende gescheitert ist. Erst dann ist sie bereit, neue Risiken und Chancen zu ergreifen.“*

*Mit der Energiewende platzen andere politisch korrekte Mantras. Das E-Auto hat in einer Welt von 300 Euro pro Kilowatt keine Zukunft. Es geht schnell, Technologien, Unternehmen und Arbeitsplätze zu zerstören. Es wird lange dauern, bis in Deutschland wieder Verbrennungsmotoren entwickelt werden, um die uns die Welt beneidet. Es werden Jahre vergehen, bis für diese Entwicklung CO<sub>2</sub>-armer synthetischer Kraftstoff politische Mehrheiten findet.“*

### **Von Fallstricken befreien**

Aber es gibt Alternativen und eine Zukunftsperspektive:

*„Es wird zehn bis zwanzig Jahre dauern, bis wir uns aus den Trümmern dieser Politik hervorgearbeitet haben. Aber weltweit neue Wege in Forschung und Entwicklung würden zumindest der nächsten Generation helfen, eine Zehn-Milliarden-Menschheit mit zuverlässigen und preiswerten Energien zu versorgen und nicht wie die jetzige Generation in die selbstgestellte Falle einer langen Energiekrise zu stolpern.“*

*Aber um sich von all den Fallstricken zu befreien, braucht es eine Zeitenwende der Energiepolitik, eine Abkehr vom grünen Monster des Green Deal, der uns in diese missliche Lage gebracht hat. Der Krieg gegen den Kohlenstoff muss beendet werden. So wie es sogar der Weltklimarat gefordert hat: Ja zur Kernenergie, Ja zu fossilen Quellen mit CO<sub>2</sub>-*



## Abscheidung und Ja zu Erneuerbaren Energien.“

Erst wenn uns irgendwann wieder eine Energie zur Verfügung steht, die preiswert und umweltfreundlich ist und die Versorgungssicherheit verspricht – erst dann werden wir die selbstverschuldete Große Energiekrise endlich überwinden können.

Eine gekürzte Fassung dieses Beitrags ist auch erschienen auf [www.dersandwirt.de](http://www.dersandwirt.de).

=====  
=====  
**Prof. Dr. Fritz Vahrenholt** war von 1991 bis 1997 Umweltsenator der Freien und Hansestadt Hamburg und anschließend Mitglied im Vorstand der Deutschen Shell sowie Vorstandsvorsitzender der REpower Systems und der RWE Innogy. Seit 1998 ist er Honorarprofessor an der Universität Hamburg. Zu seinen Schriften gehört „Unerwünschte Wahrheiten. Was Sie über den Klimawandel wissen sollten“ (Langen Müller 2020).

[www.vahrenholt.net](http://www.vahrenholt.net)

Fritz Vahrenholt; Die große Energiekrise ... und wie wir sie bewältigen können; Langen Müller Verlag 2023, Breitklappenbroschur, 208 Seiten, ISBN: 978-3-7844-3658-6 22 Euro

=====  
)\* Anmerkung der EIKE-Redaktion :

Dieser Aufsatz ist zuerst erschienen in der **Preußischen Allgemeinen Zeitung**; 03. März 2023, S.3; EIKE dankt der PAZ-Redaktion sowie dem Autor **Fritz Vahrenholt** für die Gestattung der ungekürzten Übernahme, wie schon bei früheren Artikeln : <https://www.preussische-allgemeine.de/> ; *Hervorhebungen im Text*: EIKE-Redaktion.

---

## Namibia Ausbeutung unter grünem

# Vorzeichen\*

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 21. März 2023

Die Bundesregierung will, dass im Tsau-Khaeb-Nationalpark  
„grüner“ Strom und Wasserstoff für die deutsche  
Energiewende produziert wird.

**von Dagmar Jestrzemiński (Red. PAZ)\***

Als Bundeswirtschaftsminister **Robert Habeck** im vergangenen Dezember nach **Namibia** und Südafrika reiste, um sogenannte Energiepartnerschaften mit den beiden Staaten zu festigen, standen die Eckpunkte des deutsch-namibischen Wasserstoffprojekts „Hyphen“ bereits fest. Der Koalitionsvertrag sieht vor, dass Klimapartnerschaften mit bestimmten Entwicklungs- und Schwellenländern abgeschlossen werden, „um deren Entwicklungs- und Klimaziele zu unterstützen“.

Gleichzeitig und vorrangig verfolgt die Ampelkoalition das Ziel, Deutschlands zukünftigen Bedarf an „grünem“ Wasserstoff großenteils durch Importe aus dem globalen Süden zu decken. Als wichtiges Erzeuger- und Exportland wurde Namibia ausersehen. Irrelevant scheint zu sein, dass hochrangige Politiker des Landes in einen Fischerei-Skandal verwickelt sind und Korruption zur Rodung der ökologisch wichtigen Wälder im Norden des Landes geführt hat.

Das Bundeswissenschaftsministerium lobt Namibias „enormes Potenzial“ für eine „grüne“ Wasserstoffwirtschaft. Die Windgeschwindigkeit und 3500 Sonnenstunden pro Jahr würden eine höchst profitable Erzeugung von „grünem“ Strom und Wasserstoff ermöglichen. Deutschland habe ab 2030 einen Bedarf von 1,7 Millionen Tonnen Wasserstoff. Den Zuschlag für das auf 40 Jahre Dauer angelegte deutsch-namibische Projekt erhielt das in Windhoek ansässige Konsortium Hyphen Hydrogen Energy, ein Joint Venture der südafrikanischen Tochter des im brandenburgischen Schenkenberg sitzenden Energieunternehmens Enertrag und der britischen Nicholas Holdings.

In der kleinen Hafenstadt Lüderitz am Rand der Wüste Namib sowie südwestlich des Ortes im Tsau-Khaeb-Nationalpark will das in Windhoek ansässige Konsortium Wind- und Solarindustrieanlagen im Gigamaßstab für die Strom- und Wasserstoffproduktion errichten. In dem früheren Diamantensperrgebiet baute die Kolonialmacht Deutschland seit 1908 Diamanten ab.

## Windpark mit 600 Windrädern

Zwar ist das Gebiet „menschenleer“, wie die „Tagesschau“ meldete,

abgesehen von geführten Touren mit Urlaubern. Jedoch ist der Tsau-Khaeb-Nationalpark die **artenreichste Region Namibias**. Auf nur zwei Prozent der Landesfläche sind 20 Prozent aller Pflanzenarten Namibias beheimatet, vor allem Sukkulente. Seit 2013 sind große Teile der Namib mit dem Tsau-Khaeb-Nationalpark als Namib Sand Sea (Namib-Sandmeer) UNESCO-Welterbe.

Dessen ungeachtet planen die Deutschen und ihre Partner dort im Rahmen der 9,4 Milliarden US-Dollar schweren Investition einen Windpark mit 600 Windrädern und riesige Fotovoltaikanlagen sowie Übertragungskapazitäten mit einer Gesamtleistung von fünf Gigawatt (GW). Dazu kommen Elektrolyseure mit einer Leistung von drei GW, eine Meerwasserentsalzungsanlage für das benötigte Wasser und eine Fabrik zur Produktion von Ammoniak aus Stickstoff und Wasserstoff. Zum Vergleich: Namibias Bruttoinlandsprodukt belief sich 2020 auf 10,7 Milliarden Euro. Weitere 4,4 Milliarden Euro werden laut englischsprachigen Medien bis zur Erreichung der Zwei-GW-Phase benötigt. Für den Schiffsexport von jährlich 300.000 Tonnen „grünem“ Wasserstoff und Ammoniak ab 2027 muss der Hafen von Lüderitz zum Tiefseehafen ausgebaut werden. Ob und wie viel Strom für die lokale Versorgung erübrigt wird, ist unklar. Hyphen verspricht die Schaffung von 15.000 Arbeitsplätzen und 3000 weitere Jobs während der Aufbauphase. Neun Zehntel der Jobs würden an die lokale Bevölkerung vergeben. Allerdings hat Lüderitz nur 15.000 Einwohner.

### **Riesige Photovoltaikanlagen**

**Ein Stadtverordneter aus Lüderitz äußerte hingegen Zweifel.** Die Stadt sei vermutlich zu klein für den geplanten Strukturaufbau, angefangen bei der Bereitstellung von Wohnungen. Auch hätten sich frühere Großprojekte für die Einwohner kaum rentiert. Die Arbeitslosigkeit liegt nach wie vor bei 50 Prozent. Ein Mitarbeiter der Universität Kapstadt erinnerte daran, dass für das Projekt noch weitere Mittel aus dem öffentlichen und privaten Sektor aufgebracht werden müssen. Zudem fehle in ganz Afrika die Erfahrung für die Erzeugung von Wasserstoff. Zum größten Problem dürfte die Wartung von 600 Windrädern und ausgedehnter Fotovoltaikanlagen werden. Das dafür ausgebildete Personal ist mit den bestehenden vier Tsau-Khaeb-Windparks voll ausgelastet. Die Trümmer der havarierten Windräder könnten für alle Zeit in dem ruinierten Naturreservat verbleiben.

**Chris Brown, Chef der Namibischen Umweltkammer, kritisiert, dass ein angeblich „grünes“ Projekt in einem Naturpark mit einzigartiger Umgebung errichtet werden soll. Er findet es unangemessen, dass Deutschland wegen der Dekarbonisierung seiner Energiesysteme nun Namibia für die Zerstörung seiner global wichtigen Ökosysteme und der biologischen Vielfalt bezahlen will, statt die Probleme zu Hause anzugehen.**

=====

)\* Anmerkung der EIKE-Redaktion :

Dieser Aufsatz ist zuerst erschienen in der **Preußischen Allgemeinen Zeitung**; 03. März 2023, S.7; EIKE dankt der PAZ-Redaktion sowie der Autorin **Dagmar Jestrzanski** für die Gestattung der ungekürzten Übernahme, wie schon bei früheren Artikeln : <https://www.preussische-allgemeine.de/> ; *Hervorhebungen im Text*: EIKE-Redaktion.

=====

---

# Erneuerbare Energien: Öko-Kolonialismus ohne schlechtes Gewissen\*

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 21. März 2023

**Deutschlands Auslagerung der Gewinnung „grünen“ Stroms nach Lateinamerika hätte dort schwere ökologische und auch soziale Folgen**

von **Dagmar Jestrzanski** (Red. PAZ)\*

Als sich chinesische Konzerne vor einigen Jahren in Afrika große Agrarflächen zum eigenen Feldbau sicherten, war das Schlagwort „Landgrabbing“ in aller Munde. Bereits 2004 machte die „taz“ mit dem Titel **„Eure erneuerbare Energie ist Öko-Kolonialismus“** ein Thema bekannt, das in Lateinamerika und Afrika heute mehr denn je Brisanz hat. Am Beispiel von Chile wird das damit verbundene Unrecht deutlich.

## Missachtung der Indogenen

Der chilenische Staat vergab Nutzungsrechte an Wasser, Land und Rohstoffen an private Unternehmen und in der Elektrizitätswirtschaft an sogenannte Independent Power Producers (IPP). Diese Konsortien aus zumeist europäischen und nordamerikanischen Investoren errichteten Wind- und Solarparks oftmals auf Ländereien, die ursprünglich der überwiegend indigenen Bevölkerung gehörten. Menschenrechte und der Naturschutz werden dabei missachtet, Widerständige eingeschüchtert und durch Morddrohungen zum Schweigen gebracht. Die deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) gab 2021 bekannt, dass in Chile Projekte mit insgesamt mehr als 47 Gigawatt (GW) installierter Kapazität für „grünen“ Strom genehmigt wurden, darunter etwa 30 GW für

Photovoltaik und fast 14 GW für Windkraftvorhaben. Deutsche Firmen erhoffen sich davon weitere Beteiligungsmöglichkeiten und Lieferchancen.

**Heute hüten sich die „taz“ und andere Medien, den Begriff Öko-Kolonialismus und seinen fatalen Hintergrund wiederaufleben zu lassen.**

Soll doch um jeden Preis vermieden werden, dass hierzulande die katastrophalen Umstände der angeblich umweltschonenden Technologien zur Erzeugung von „grünem“ Strom und Wasserstoff auf anderen Kontinenten bekannt werden und Diskussionen auslösen. Jüngst wollte **Bundeskanzler Olaf Scholz** bei seinem Besuch der Länder Brasilien, Argentinien und Chile deren Präsidenten seinen „Klimaclub“ schmackhaft machen. Damit verbunden sind Vorhaben für Wind- und Solarparks in den drei Ländern zur Produktion von „grüner“ Energie für den Export nach Deutschland.

## **Dürre durch Windparks**

Natürlich sind der Kanzler und sein Energieminister Robert Habeck über die massiven Menschenrechtsverstöße und die Umweltverschmutzung informiert, die in Lateinamerika in Verbindung mit dem Bergbau, dem wasserverschlingenden Lithiumabbau, dem ebenfalls hohen Wasserverbrauch der Forst- und Agrarindustrie und dem Bau von Wind- und Solarparks erfolgen. In Chile kämpfen die Industriekonzerne um die schwindenden Wasservorräte des Landes, während das Land seit eineinhalb Jahrzehnten einer Jahrtausenddürre ausgeliefert ist. In den ausgebeuteten Regionen bleiben die rechtlosen Kleinbauern hilflos zurück. Ihre Anliegen macht allenfalls das katholische Hilfswerk Misereor publik. Aufgrund des Wassermangels zeichnet sich ein Notstand ab, der den Zusammenbruch großer Teile der Wirtschaft des Landes zur Folge haben könnte. Dessen ungeachtet traten die Präsidenten Chiles und Argentinien, Gabriel Boric und Alberto Ángel Fernández, dem sogenannten Klimaclub bei, während Brasiliens Lula da Silva dem Vorschlag des Bundeskanzlers wie auch dessen Bitte um Lieferung von Panzermunition für die Ukraine eine Abfuhr erteilte.

2019 hatte der Bremer Windkraftprojektierer wpd den Zuschlag für drei Windenergie-Projekte in der Region Araucaria im Süden Chiles erhalten. Der Windpark in Collipulli in der Provinz Malleco ist bereits fertiggestellt. Das bedeutet: 77 Windräder als neue Nachbarn für das Volk der indigenen Mapuche. Collipulli ist bekannt als „Rote Zone“, als Konfliktzone. Die Mapuche fordern ihre Ländereien zurück, die ihnen der Staat geraubt und an große Agrar- und Forstunternehmen verkauft hat. Die Mitbewerber von wpd hatten sich daher aus dem Bieterwettbewerb zurückgezogen, während das deutsche Unternehmen seine Chance nutzte. Die Pachtverträge wurden mit den wohlhabenden Agrarunternehmern geschlossen, die das Grundstück besitzen.

Der Wassermangel und die anhaltende Dürre in großen Teilen Argentinien und Chiles sind das Resultat von politischer Willkür. Hintergrund ist, dass die gestörte Bewegung von Luft den Abtransport von Wärme/Energie und damit die Kühlung des Bodens behindert. Somit sinken die Aussichten

auf ausreichende Niederschläge immer weiter. Wenn die Grünen aufgrund von Deutschlands kolonialer Vergangenheit tatsächlich Verantwortung übernehmen wollen, wie Außenministerin Annalena Baerbock bei der Übergabe einiger Benin-Bronzen in Nigeria erklärt hat, müssten sie den wirtschaftlichen Kolonialismus anprangern, der die Rechtlosigkeit der Indigenen zementiert. Als Konsequenz sollten die Verantwortlichen ihre Pläne aufgeben, Deutschlands Energieerzeugung teilweise in diese Länder auszulagern.

=====

)\* Anmerkung der EIKE-Redaktion :

Dieser Aufsatz ist zuerst erschienen in der **Preußischen Allgemeinen Zeitung**; 17. Februar 2023, S.7; EIKE dankt der PAZ-Redaktion sowie dem Autorin **Dagmar Jestrzanski** für die Gestattung der ungekürzten Übernahme, wie schon bei früheren Artikeln : <https://www.preussische-allgemeine.de/> ; *Hervorhebungen im Text*: EIKE-Redaktion.

=====